

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei Nachnahme Postweg monatl. 5,15 M., bei Zustellung unter Straßendruck für Deutschland 7.— M., fürs Ausland 8.— M., per Brief 12.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2505 und 2506.

Teufte sollen die abgepaßte, Nonpareille od. deren Baum einchl. Feuerungsgebühr 3,20 M., das festgedruckte Wort 1,15 M., das weitere Wort 85 Pf., sämtlich und Organisationsanzeigen die abgepaßte Nonpareille 2,40 M., das festgedruckte Wort 25 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Interate für den darauf abgesehenen Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Druckerei-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 2505-06, 9748

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Helft den ungarischen Arbeitern!

Antwort an Hunzar.

Die herausfordernde Sprache der ungarischen Herrscherregierung macht es zur doppelten Pflicht, die ungarische Sache immer wieder an den Vorrang zu stellen. Es ist für die Menschheit der deutschen bürgerlichen Klasse sehr charakteristisch, daß sie zu diesen Schandtatzen schweigt. Nicht minder für die Duldung, die die Ententemächte über diesen Greuel gegenüber behänden.

Das System des weißen Schreckens, das die Truppen Gorthys in Ungarn ausgerichtet haben, findet nur in der Niederwerfung der Kommune 1871 und der russischen Revolution in den Jahren 1906 und 1907 ein schwaches Gleichnis. Alle, die mit der Kaiserregierung oder ihren Organen auch nur in entferntesten Beziehungen standen, wurden verhaftet, in die Kerker geschleppt, dort fürchterlich mißhandelt und vielfach ohne Urteil hingerichtet. „Das erstickende Ungarn“, zusammengerollte Banden konterrevolutionärer Offiziere und Studenten, überfallen Juden und Arbeiter auf offener Straße und schlagen sie blutig. Die Angehörigen von „verdächtigem“ Verstand werden in einem Lager bei Komaljar am Blattensee interniert, viele Tausende Frauen und Kinder in Holzgebirgsregionen, feiner- und türenlosen Holzbaracken zusammengepfercht, dem Regen, dem Schnee, der Kälte, dem Hunger und der Mißhandlung schutzlos preisgegeben. Der Tod hält fürchterliche Grate unter ihnen.

Täglich melden die Zeitungen des „Verschwunden“ von Personen. So wurde durch amtliche Dokumente erwiesen, daß mit Wissen und Tadeln der obersten Landesbehörden, des Armeecorpskommandos und des Justizministeriums zweihundert „verdächtige“ Personen aus dem Necksteter Gefängnis „verschwinden“ sind. Sie wurden in dem nahen Walde von Necksteter erschlagen oder an Bäume erhängt aufgefunden. Soldaten und Offiziere der „königlichen ungarischen Armee“ hatten das Gefängnis besetzt, die Gefangenen mit Peitschen aus Kadelbräuten blutig geschlagen und wahllos 62 Männer in den Wald geschleppt und ermordet. Der Staatsanwalt von Necksteter, der darüber berichtet, wurde unter der Drohung der sofortigen Niederwerfung gezwungen, das Gefängnis den Gorthys überlassen zu geben. Der Führer dieser Mordtruppe, ein Oberleutnant Fejss, wurde bei einem Festessen im Hotel Royal in Budapest, an dem der ungarische Ministerpräsident Hunzar und Staatssekretär Bekar teilnahmen, als der „Besieger von Necksteter“ gefeiert. Der Oberstadthauptmann Dr. Barana rühmte den großen Dienst, den er der Stadt Necksteter geleistet habe, indem er 63 Kommunisten, die die Stadt in Schrecken hielten, verschwinden ließ.

In Budapest wurden in den letzten Tagen gegen zwanzig Todesurteile gefällt, wobei „Brüder“ assistierten, auf die der härteste Druck ausgeübt wurde, um belastendes Material gegen die Angeklagten zu erpressen. Die meisten Urteile wurden sofort vollstreckt. Manche der Angeklagten — und dies soll ja nicht bestritten werden — haben gewöhnliche Verbrechen verübt. Aber die meisten der verfolgten Töchter waren Erfindungen des Bürgerkrieges, der eben in Ungarn entbrannt war. Den roten Standgerichten lag dieselbe Rechtsauffassung zugrunde wie den monarchistischen Standgerichten während des Krieges. So wurde unter anderem ein Roman, Otto Korvin, zum Tode verurteilt, der sich mit seiner ganzen Kraft gegen die zum Teile unvermeidlichen Grausamkeiten des Bürgerkrieges gerichtet hatte: ein reiner, lauter Idealist, dessen glühende, edle Leidenschaft ganz dem Sozialismus zugehört war.

Die ungarische Konterrevolution hat sich nun überdies in Wien ein Zentrum ihrer Schreckensherrschaft geschaffen. Ungarische Espions führen den wichtigsten Mitglieder der Kaiserregierung nach: vor einigen Tagen wurden zwei von der ungarischen Standbanwaltschaft verfolgte Kommunisten mit einem Auto der ungarischen Gesandtschaft in Wien nach Ungarn entführt. Zweimal verhaften ungarische Mandanten in die Festung Karlstein, in der einige führende Kommunisten interniert sind einbringen, um Völsch ihnen „verschwinden“ zu machen. Die Regierung der deutschösterreichischen Republik, die einen ganzen Sicherheitsapparat unterhält, um dem ungarischen Mandanten zu wehren, hat neuerdings mehrere ungarische Offiziere aus Wien ausgewiesen. Über die Rechtschaffenheit in diesem barbarischen Lande

spricht der Prozeß gegen die Mörder Lissas Mörder: er wurde vor einigen Wochen unter großem Lärm eingeleitet, man dachte wieder einige Kommunisten an den Gaßern zu bringen. Nun ergab es sich aber, daß unter den Hauptbeteiligten an dem Mord der frühere Ministerpräsident und gegenwärtige Staatssekretär Friedrich Brüning vornehmlich erkrankt. Es wurde angedeutet, daß er von der Vorbereitung des Mordes wußte, die Ermordung mitbeschloß und sich selbst in der entscheidenden Stunde an den Tatort begeben habe; da verschwand eines Tages die Kronzeugen, der Prozeß wurde vorläufig vertagt. So sieht es in einem Lande aus, in dem das Doppelkreuz und die Krone neu ausgerichtet wurde! In Wahrheit hat die fluchbedeckte, bluttriefende ungarische Oligarchie, die Jahrzehnte hindurch die Nationen der heiligen Steinschritte gemordet und unterworfen hatte, die Herrschaft an sich gerissen. Die Reaktion hat sich in ihren schrecklichsten Formen wieder ausgerichtet — unter dem Schutze der Vertreter der alliierten Mächte. Sie haben im Bürgerkrieg unter der Räuberherrschaft erfolgreich für verurteilte Gegenrevolutionäre interveniert. Nun sich der weiße Schrecken gegen das Proletariat richtet, finden sie es der Mühe nicht wert!

Um so unverständlicher und unentbehrlicher erscheint es, daß die sozialdemokratische Partei in Ungarn dieses komische Schreckensregiment deckt. Während Hunderte und Tausende Proletarier ermordet, hingerichtet, mißhandelt werden, die Organisationen der Arbeiterklasse aufgelöst, die sozialdemokratische Presse unterdrückt, der Arbeiterklasse alle Rechte, die sie in der Revolution errungen hatte, entrissen und ein Zustand der Sklaverei herbeigeführt wurde, wie er niemals, selbst während des Krieges, geherichtet hatte, verharren sozialdemokratische Minister in der Regierung! Unter Aufsicht der Polizei wurde vor einer Woche die Redaktion und die Druckerei des Zentralorgans der ungarischen Sozialdemokratie vernichtet — die Frucht einer unangenehmigen Opferbereitschaft der ungarischen Arbeiterklasse! Die sozialdemokratischen Minister gaben sich mit einer nichtselbständigen Erklärung der Regierung zufrieden! Die sozialdemokratische Partei erwartete von ihrem Eintritt in das Ministerium, den Verfolgungen des Proletariats durch die Gorthys zu wehren. Aber die Grausamkeiten, die die Gorthys Tag für Tag begehen, lassen sich nicht mehr wehren, ihr Verharren in der Regierung konnte den weißen Schrecken nicht im mindesten mildern. Das Verharren in der Regierung entbehrt also auch des Scheines jeder Rechtfertigung. Es wird sowohl von führenden Genossen wie von der Masse der Arbeiterklasse scharf verurteilt.

Die ungarischen Kommunisten haben die Revolution des ungarischen Proletariats viel weiter getrieben, als seine Kraft hinreichte. Die Reaktion, als zwangsläufige Folge dieses übertriebenen Fehlers, hat dem ungarischen Proletariat das Rückgrat gebrochen. Nicht der Arbeiterklasse aller Länder ist es, unseren ungarischen Genossen, dem ungarischen Proletariat, beizustehen. In den Gräueln der ungarischen Konterrevolution können die Arbeiter aller Länder die Bourgeoisie. Deso lauter müssen die Arbeiter aller Länder ihre Stimme in der Anklage gegen die Henker Budapest erheben.

Günstiger Verlauf der ukrainisch-polnischen Verhandlungen.

Wie die hiesigen Blätter melden, nehmen die Verhandlungen der Vertreter der polnischen Regierung mit den Vertretern der ukrainischen Republik einen günstigen Verlauf. Über Wahrscheinlichkeit nach wird die polnische Regierung gegen den Verzicht der Ukraine auf Ökonomie die Unabhängigkeit der Ukraine anerkennen.

Eine amerikanische Kommission aus 15 Mitgliedern der amerikanischen Quäkermission, die gestern in Berlin eintrafen, wird eine Ergänzung der amerikanischen Hilfsarbeiten darstellen, wird einen aus mehreren Millionen Dollars bestehenden Geldbetrag aus einer freiwilligen Sammlung zum Ankauf von Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen verwenden, um sie dem Zentralausschuß für die Amerikaner in Deutschland zu lassen.

Gleitende Löhne.

Das Lohnproblem wird täglich brennender, und darum wird die Frage der gleitenden Zulagen nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Die deutsche Regierung, die sich sehr ernsthaft mit der Verhütung von Streiks beschäftigt, sollte endlich begreifen, daß sie mit der Lösung der Frage der gleitenden Löhne durch ein entsprechendes Gesetz diesem Zweck weit nützlicher dienen würde, als mit obligatorischen Schiedsgerichten, die eine Schmälerung des Streikrechts bezwecken. Der Unterschied ist nur der, daß die erste Form einem täglich brennender werdenden Bedürfnis der Arbeiterklasse entspricht, während die zweite Methode vom Unternehmertum energisch gefordert wird. Damit die größere Zuneigung der Regierung zu dieser Lösung nach Scharfmachersmanier genügend erklärt ist:

Die „Soziale Praxis“, die sich dem Thema der gleitenden Löhne ebenfalls zuwendet, schreibt dazu:

Die unabsehbare Unruhe in der Preisentwicklung für den Lebensbedarf läßt natürlich auch die Lohnentwicklung nicht zur Ruhe kommen. Kaum sind in einem Tarifvertrag die Lohnsätze mit Rücksicht auf die Teuerung neu geregelt, so verschleichen sich in Monaten, manchmal schon in einem Monat, nach Inkrafttreten des Vertrags die Preise für den elementaren Massenbedarf wiederum so erheblich, daß die Tarifparteien auf der Arbeiterseite nicht mehr mit dem Lohnsatz auskommen zu können glauben. In Deutschland, das seinen festen Bezug an ausländischen Lebensmitteln und Rohstoffen mit einer unbedingten, meist weichenenden Valuta bezahlen muß, ist diese Erscheinung rascher Lohnentwicklung bei zunehmender Teuerung besonders häufig.

Diese besondere Häufigkeit der Lohnentwicklung in Deutschland — möchten wir hinzufügen — wird immer wieder neue Streiks zur Folge haben, woran keine Langsamgehung etwas ändern wird.

Die „Soziale Praxis“ bringt weiter Beispiele für die Anwendung des Systems der dauernden automatischen Angleichung der Löhne an die Lebensmittelpreise in der Textilindustrie Englands:

Bei der letzten Neuordnung des Tarifvertrags für die Tuchweberereien, die sich durch die mehrfach im Jahre auftretenden Forderungen und Verhandlungen über Teuerungszulagen im Geschäft belästigt fühlten, sind Unternehmer und Arbeiter übereingekommen, vom 1. August 1919 an außer der Erhöhung der „basis rate“ (Grundlöhne) um 10 v. H. (unter Voraussetzung angespannter Produktion) die Teuerungszulagen bezugslos, gemäß den Nachweisen der „Labour Gazette“ (Arbeits-Zeitung) für die Lebenshaltungskosten einer Arbeiterfamilie zu gestalten. Nach den Angaben des „Textil Mercury“ vom 6. September soll der Teuerungszulage für die Zeitlohnarbeiter folgendermaßen sich bewegen: Bei einer Weitziffer von 125 v. H. soll der Zuschlag 125 v. H. betragen, doch 37 1/2 sh nicht überschreiten, bei 115 v. H. 115 v. H. (Schlüsselzahl 34 1/2 sh), bei 95 v. H. 95 v. H. (Schlüsselzahl 2 1/2 sh). Der am 1. August 1919 zugrunde gelegte Teuerungszulage betrug 107 v. H. (neben Grundlohn 10 v. H. allgemeiner Zuschlag). Die Teuerungszulage für die Akkordarbeiter sind so festgesetzt, daß sie 100 v. H. Teuerungszulage für die Zeitlohnarbeiter, 85 v. H. (Arbeiterinnen) oder 80 v. H. (Arbeiter) oder 60 v. H. (Besitzer) erhalten. Bei einer Veränderung der Weitziffer in dem letzten Monatsheft der „Labour Gazette“ (für Ernährung, Wohnung, Kleidung, Ausrüstung, Licht) erhöht oder verringert sich der Teuerungszulage vom ersten Jahrestag des folgenden Monats. Die Weitziffern der „Labour Gazette“ bewegten sich in letzter Zeit folgendermaßen: 1. 1. 1918: 57 v. H., 1. 1. 1919: 120 v. H., 1. 4.: 110 v. H., 1. 6.: 105 v. H., 1. 7.: 107 v. H., 1. 8.: 108 v. H., 1. 10.: 120 v. H. Infolgedessen steht jetzt der Tarifzuschlag für Zeitlohnarbeiter auch auf 120 v. H. und für die Akkordarbeiter zwischen 75 und 100 v. H.

Dieses zunächst bis zum 1. August 1920 abgeschlossene Tarifvertragsmuster hat auch außerhalb der Tuchwebererei viel Anhänger gefunden. Im Sommer 1919 sind in Nordengland ähnliche Tarifverträge für die Wolltänzer, die Kommanispinner, die Streichgarnweber, die Korbmacher, die Webstuhler Wollsortierer, Spinnherren und Färbereiarbeiter abgeschlossen worden.

Die „Soziale Praxis“ berichtet ferner über die Vorteile einer vernünftigen Lohnregelung in Österreich und fügt außerdem einige theoretische Gedanken hinzu. So meint das Blatt, die menschliche Vernunft dürfe nicht durch allzu mechanische Anwendung bloßer Ziffern allzu sehr auslaßkalkül werden. Auch wir haben den Wunsch, daß menschen

nahe Vernunft und vor allem dem Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft genähert Spielraum bleibt, was sehr zu wünschen ist. Vor allem hat die Regierung die Pflicht, endlich einmal einen Anfang zu machen. Wir wollen dann schon helfen, damit nicht etwa ein allzu hartes System zum Nachteil der Arbeiterschaft Anwendung findet.

Im Zeichen der „gepanzerten Faust“.

In ihrer heutigen Morgenausgabe veröffentlicht die „Völkische Zeitung“ wiederum einige Kaiserbriefe. Der erste ist vom 12. November 1898 datiert und beschäftigt sich in der Hauptsache mit der nach Bismarcks Rücktritt erfolgten Kündigung des Rückversicherungsvertrages zwischen Deutschland und Rußland. Bemerkenswert ist daraus, was Wilhelm über Bismarck sagt: Du wirst zufrieden sein mit der Art, wie die ganze verästelte Angelegenheit behandelt wird. Ich nehme an, bei diesem letzten Schlag des Hürten und bei der schamlosen Art, mit der er mich in seiner Presse behandelt — insbesondere durch den Versuch, das Volk glauben zu machen, daß ich unter „englischem“ Einfluß war und es noch jetzt bin — die klaren Äbste werden anfangen zu verstehen, daß ich Gründe habe, diesen unehrbaren Mann mit seinem niedrigen Charakter aus dem Amt zu schieben.

Die nächsten beiden Briefe vom 4. Januar und 28. Februar 1898 fallen in die Zeit der Expedition des Prinzen Heinrich nach Ostafrika. Am 15. Dezember 1897 hatte Wilhelm in Kiel den Prinzen Heinrich aufgefordert, mit gepanzerter Faust dreinzuschlagen, wenn jemand etwas gegen Deutschland unternehmen wolle. Von beiden Briefen entnehmen wir die beiden folgenden bezeichnenden Stellen:

Heinrichs Mission bezieht darin, Dir in Deinen hohen Idealen — ohne die kein Herrscher sein kann — in der Förderung der Zivilisation, d. h. des Christentums im Fernen Osten Hilfe und Unterstützung zu gewähren! Wählest Du freundlich eine Forderung annehmen, die ich für Dich entworfen habe, mit den symbolisierenden gehaltenen Rußland und Deutschlands als Schildwachen am Gelben Meer zur Verkündigung des Evangeliums der Wahrheit und des Friedens im Osten. Ich habe die Skizze in der Weihnachtswoche unter dem Klang der Kerzen des Weihnachtsbaums gezeichnet.

Ich muß Dich sehr beglückwünschen zu dem erfolgreichen Ausgang Deiner Unternehmungen bei Fort Arthur; wir beide werden ein gutes Paar Schmiedchen am Ein gange des Golfs von Weichsel abgeben, die geblühend, insbesondere von den Weibchen, respektiert werden! Ich halte die Art, wie Du die Gefühle der „arggeleiteten Japs“ durch das milderhafte Uebereinkommen betseits Nordas zu befähigen verstanden, für ein bemerkenswertes, schönes Diplomatenstück und einen großen Beweis von Voraussicht; woraus sich ergibt, was für ein Segen es war, daß Du auf Deiner großen Reise die Frage des Fernen Ostens an Ort und Stelle studieren konnten, und daß Du jetzt, geistig gesprochen, der Herr von Peking bist!

Madame berichtet mir von Eurer interessanten Unterhaltung über China und Deine Wünsche wegen der Anstruktoren in den Gouvernements, die als zur russischen Einflusphäre gehörig gelten. Ich habe einen Brief an die russischen Kaiserin vorbereitet, könnte ihn jedoch noch nicht abgeben lassen, weil es unmöglich war, eine sichere territoriale Grenze ohne eine Angabe auf der Karte festzusetzen. — Eine kleine Übersichtskarte von Dir auf einem Stück Papier würde mich beruhigen; denn ich wäre sehr unglücklich, wenn die Offiziere durch ein Mißverständnis, ohne ihre Schuld aus Mangel an einer wirklichen, gut erkennbaren Grenzlinie russischen Gebiet betreten würden. Die Idee, die man jetzt von jenem des Kanals in der Presse zu hören anfängt, chinesischen Angelegenheiten sollten von einer internationalen Kommission entschieden werden, ist hier schon den mir zugekauften worden, da ich bald herausfand, daß es ein machbarer Gedanke war. Die die Hände im Fernen Osten zu binden, dessen Verhältnisse, doch ich, schließlich doch Deine eigene Anwesenheit und nicht die anderer Völker sind.

Gemeinschaft.

Unter diesem Titel hat im Rahmen eines Jahrbuches des Verlages Gullas Kopenhagen Ludwig Rudinier „Dokumente einer geistigen Weltreise“ zu einem außerordentlich wertvollen Bande vereint. (Preis broschiert 7,50 Mk., gebunden 10 Mk.) Der Herausgeber hat Zeugnisse von Menschen gesammelt, die in der Wanderung der Welt ihr Lebensziel sahen. Außer den Dichtern, Malern, Musikern, den Aufzählern des Weltes, den Schöpfern neuer Weltanschauungen, die sozialen Revolutionäre, Denker der Volksbewegung, Gestalten und Charaktere der Rassen, die Sprecher des Proletariats, die Schöpfer neuer sozialistischer Weltanschauungen, die nach den losungsvollen Worten des Genesendens aus dem langen Abhange der Weltrevolution hervorgehen wird, und die so jenseits der bürgerlichen Welt unserer Tage steht, wie die heutige bürgerliche Welt selbst durch die Veränderung von der Antike gelassen ist. Weiter weist das Vorwort auf die Novembertage von 1917 und 1918 hin, da die menschliche Sprache die Ideen „Sonst“ und „Nicht“ als neue und mächtige Selbstverständlichkeiten über die Länder warf. Wir finden in der Sammlung bedeutende, über ihre Zeit hinausweisende Ansätze von Marx, Proudhon, Rousseau, Voltaire, Poe, Tolstoj, Krupottin, Weitling, Lunarscharski (über proletarische Kultur) u. a. m. Von Upton Sinclair ist ein Kapitel aus dem bei uns erscheinenden Roman „Jimmy Higgins“ abgedruckt, der als abgeschlossenes Buch im Verlage von Neumann Neudamm erscheinen wird. Wärd Jimmy Higgins in seinem letzten Lebensjahre als Märtyrer an seinem eigenen Leibe erduldet, ist fast wie die Vorwegnahme der Folterungen ungarischer Revolutionäre durch eine bestialische Horde wildgeordneter Aktionäre. Wir finden in diesem Bande, der die Zeugnisse des Schöpferwillens neuer Gemeinschaft enthält, außer wichtigen Beiträgen über die Paulus-Bilder von Paul Cézanne, die mit anderen Abbildungen dem Buche ein besonderes Schmuck sind.

Über Gemeinschaft schrieb Wilhelm Weitling, der ein revolutionärer Proletarier war, diese Worte in seinen „Garantien der Harmonie und Freiheit“ unter allen Qualen, Verfolgungen und Gefährdungen des Lebens vor binahe hundert Jahren in der Schweiz:

Keine Kränze! und folglich auch keine Bettler, keinen Hunger, keine Sorge, keine Verzweiflung; keine bitteren Tränen des Elends, keine geringfügigen und Verachtung; keine Klumpen, keine Dummheit, keine Kälte; keine elenden Lumpen und Pöbel; keine Weiden, ausgebreiteten Gefächler und betäubten, traurigen Kriecher mehr.

Auch die heute veröffentlichten Briefe bestätigen das Urteil, das über die Politik Wilhelm gefällt werden muß: Sie war vorbedacht und irrsinnig zugleich. Sein labriges und großprophetisches Gebaren führte dazu, immer wieder Unruhen zu schaffen und stets aufs neue die Vorbedingungen für Konflikte zwischen den Völkern herbeizuführen.

Wird das Hiltentheil bestätigt?

Für den Prozeß gegen den Oberleutnant Hiltent ist der Stadtkommandant von Berlin, Oberst Grauböck, der zu ständige Gerichtsbar. Er hat es in der Hand, das Urteil zu bestätigen oder Revision einzulegen. Die Entscheidung darüber soll im Laufe des heutigen Tages fallen. Wir hoffen bestimmt auf eine Verjagung der Verhaftung. Diese muß erfolgen, wenn bei den Militär nicht das letzte Restchen von Achtung vor dem Rechtsempfinden des Volkes verloren gegangen ist. Es ist ganz klar, daß das Kameradergericht gegen Hiltent einen Spruch gefällt hat, der allen Rechtsgrundsätzen ins Gesicht schlägt. Außerdem haben sich bei dem Vater des zu Tode gemarteten Delinquenten noch drei neue Zeugen gemeldet, die die Schuld Hiltents am Tode des Freiwilligen einwandfrei nachweisen können. Desgleichen ist der Unteroffizier Mäurer zu verhöhen, der durch eine Veröffentlichung in der „Freiheit“ ebenfalls die beispiellose Rohheit Hiltents nachgewiesen hat und der bereit ist, seine Wahrnehmungen unter Eid zu stellen.

Wir erwarten zwar auch von einer Revision des Urteils keine wesentlich härtere Strafe für den Oberleutnant Hiltent Kameradergerichte sind nicht die Stellen, wo Recht gesprochen werden kann. Aber der Fall Hiltent ist noch nicht einwandfrei festgestellt, es muß die volle Wahrheit an den Tag gebracht werden, und so sehr auch bei einem neuen Strafverfahren die Interessen der „Littigenschaft“ wieder am Werke sein werden, um die Schande des Militarismus zu verdecken: sie werden den Zeugen nicht den Mund zuhalten können. Oberleutnant Hiltent wird als Schuldiger an dem Tod des jungen Helmke dastehen, so deutlich, daß nur juristische Verlogenheit und Niederträchtigkeit zu einem Freispruch führen kann.

Der Friedensvertrag und seine Revision.

Die Ratifizierung des Friedensvertrags wird, wie bereits gemeldet, am 6. Januar noch nicht stattfinden, aber wir dürfen annehmen, daß die Verzögerung nur einige Tage beträgt. Mitte Januar dürfte der Zustand zwischen Krieg und Frieden ein Ende haben, und der Vertrag endlich in Kraft treten. Was seine Herrschaft mit bringt, ist bekannt, und daß Deutschland nicht in der Lage sein wird, die Forderungen der Entente gefällig zu erfüllen, steht fest. Wir haben einstweilen keine andere Hoffnung als die, daß auch den Engländern die Erkenntnis für die unter jedem Gesichtspunkt unmögliche Lage, in die sie Deutschland gebracht haben, kommt, und da können wir immerhin mit einiger Verteidigung rechnen, wie wenigstens in England auch außerhalb der sozialistischen Kreise das Verständnis wächst. Das liberale liberale Blatt, der „Manchester Guardian“, kürzlich in einer seiner letzten Nummern: „Deutschland muß, wenn irgendeine Hoffnung auf ein befriedetes und zufriedengestelltes Europa bestehen soll, unterstützt und wieder aufgebaut werden und wir dürfen es nicht in bodenloser Herabwürdigung verlassen. Der Friede, der ihm im Waffenstillstandsvertrage versprochen wurde, ist nicht der, den es erhalten hat, und die Geschichte wird einmal verzeichnen, daß hier ein ebenso unehrenhaftes wie unpolitisches Vorkommnis verübt worden ist... Der ganze Prozeß, durch den Deutschland zuerst seines Handels und seiner Industrie beraubt und dann zur Zahlung einer Entschädigung verpflichtet wird, deren unbekannte Höhe in jedem Fall den Vertrag überschreitet, den es aufbringen kann, ist so absurd und in sich selbst widersprüchlich, daß es bei ihm nicht sein Bewenden haben darf. Die besten Schätzungen besagen, daß es ungefähr ein Viertel von dem, was verlangt wird, zahlen kann, wenn sich die Zahlungsansprüche auf eine antichristliche Weise

Keine Verbrennung und folglich auch keine Enten, keine Richter, Holzgefängnisse, Kerkermeister; keine Gerben, keine Väter, Gerichtsdiener, Exekuten; keine Klagen, Klagen und Verurteilungen, keine Geschwinder, Akten, Kordelle, Galgen, Zehnheiten, keine Angst und Furcht, keine geläuteten Tugenden und Laster; keine Mörder, Räuber, Diebe, Verleumder und Betrüger mehr!

Kein Herrschentum und folglich auch keine Bediente, Knechte, Knechte, Lehrlinge, Gefellen; keine Höhe und keine Niederde, keine Befehle und Unterwürfigkeiten, keinen Haß, Neid, Stolz und Uebermut, keine Mißgunst, Verfolgung und Bedrückung mehr.

Keine Mühsiggänger! und folglich auch keine Taugenichtse, keine süß kränkelnden und dummen arbeitenden Sklaven; keine Verachtung und Verhöhnung der Arbeit, keine Lohnverleumdung und keine Vorurteile um dieselbe mehr.

Keine Verunsicherung! und folglich auch keinen Mangel; keine Hungerleidenden und Dürstenden, keine Neppigkeit auf keinen Hochmut; keine Schrankenlosen, die schlingen und schlingeln Kräfte der Welt zerstörenden Leidenszeiten mehr.

Keine Mächtigkeiten und folglich auch keine Sklaverei und keine Unterdrückung, keine Willkür und keine Herrschaft der Reichen; keine Gewalttätigkeiten und keine Genick und Denkerhacker; keine Verleumdungen der allgemeinen Freizeiten und ihre Ausübung der Völker; keine Steuern und Abgaben, keine Forderungen und Willkürherrschaft, keine Auspflanzungen, Plünderungen und Brandstiftungen; keine lebenden Heere, Festungen und Zwinger, keine Tyrannen und Blutbände mehr.

Volkskonzerte.

Der Berliner Volkschor hat ein neues großes Werk zu seinem Eigentum gemacht; er sang in der Garnisonkirche unter jedem buntem, temporechtlichen Deckmantel Graf Rander das berühmte, ungarische Weihnachtskonzert des Leipziger Thomaskantors. Neben hergerichtetem, eindrucksvollem Melodien und Einzelstimmen wie der nächsten Ortenzene als Einleitung „Einigkeit“ mit ihrer gaudigen Instrumentation muß man sich durch braves Geleise hindurchbilden und weiß in dem modernen Beispiel des 6. Teiles nicht mehr — der den den Trompeten des Bläserorchesters zu einer Art Kontrast im munteren Sohle enthielt wurde. — Ob man noch an die Uebersehtheit Wachs glauben soll. Die Solisten Thann-Offer, Weinbaum, Bauer und Weichenhorn fanden sich jedoch mit ihren Partien ab, verstanden aber die Aufgabe zu treuen Ideepunkten zu gestalten.

Inmittelbar in seiner Wirkung und erfüllend in seinem gemäßigten Durchsetzen war das 8. Konzert des Verbandes der

von Johann erstreckt und ihm die Wiederherstellung seiner Wirtschaft möglich gemacht wird.

Es kann fernest kein Zweifel daran bestehen, daß wenn die europäischen Länder vor dem Verfall bewahrt werden, sollen, die ganze Natur unserer Politik geändert werden muß. Argege müssen aufhören und Wodden müssen aufhören, und mit Waffen und Liebesgaben müssen wir Städte und Hochburgen liefern. Die Industrie muß in Gang gesetzt werden und die gesamte Europa muß, wenigstens eine Zeitlang, als ein großer industrieller Staat behandelt werden, dessen einzelne Glieder voneinander abhängen und zusammenwirken.

Der „Manchester Guardian“ betont, daß alles das freilich nicht durch die gegenwärtigen Regierungen in England, Frankreich und Italien getan werden kann, aber dann müßten eben um der Rettung der Völker willen diese Regierungen bereitwillig werden. Dem schickten wir bei, aber wir müssen noch hinzu, daß es nicht zuletzt auch von der Art der deutschen Politik abhängt, in welchem Tempo und mit welcher Gründlichkeit sich dieser Wandel in den Weststaaten vollziehen wird.

Das neue Reichswahlgesetz.

In einer Polemik gegen einen in der „Korrespondenz“ der Deutschnationalen Volkspartei erschienenen Artikel tritt die völkische Zeitung mit, daß die Vorwürfe über das neue Reichswahlrecht, das in der allernächsten Zeit in der Reichstagsversammlung unterbreitet werden soll, auf dem sogenannten „aktualistischen System“ aufbaut, das schon für die Wahlen zur badischen Volksammer eingeführt worden ist. Jedem Wahlberechtigten sollen hier nach so viele Abgeordnete zugeordnet werden, als die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen sich durch 60 000 (in Baden 10 000) teilen läßt. Die nicht verbrauchten Stimmen und die Stimmen eines Wahlbezirks, der weniger als 60 000 Stimmen erlangt hat, werden nach dem einen Vorschlag für das ganze Reich, nach anderen Vorschlägen erst für eine bestimmte Anzahl von Wahlkreisen und dann für das Reich zusammengeordnet, und auf je 60 000 dieser Repräsentanten soll auch hier wieder je ein Abgeordneter entsenden.

Ueber die Frage, wie groß die Wahlkreise sein sollen, die diesem automatischen System der Verhältniswahl zugrunde gelegt werden, werden in den Parlamenten verschiedene Vorschläge gemacht, und es werde Sache des Verfassungskonstituenten und schließlich der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung sein, zu entscheiden, ob das vorgeschlagene System gewählt und welche Größe der Wahlkreise dann genommen werden soll.

Ferner wird mitgeteilt, daß der leitende Gedanke der Wahlrechtsvorläufe der sei, einer jeden Partei fast mathematisch genau den Anteil an Mandaten im Reichsparlament zu sichern, der ihr nach der Gesamtstimmzahl gebührt. Das muß in der Tat der Grundgedanke des künstlichen Reichswahlgesetzes sein, da das Wahlrecht, nach dem die letzte Nationalversammlung gewählt worden ist, hier die größten Ungerechtigkeiten anstellen hat, so große Ungerechtigkeiten, daß z. B. die Unabhängige Sozialdemokratische Partei nur 1/4 der Sitze erhalten hat, auf die sie nach ihrer Gesamtstimmzahl Anspruch gehabt hätte.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ erklärt, daß auch die Behauptung der „Täglichen Rundschau“, die „Revue“ der Deutschen Nationalversammlung hätten sich mit dem Ausschreiben des Präsidenten Ebert wegen der Auslieferungfrage befaßt, unrichtig ist.

Das Umlagegesetz ist in der gestrigen Nummer des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht. Es ist am 1. Januar in Kraft getreten.

Die Wahlen zum französischen Senat in Offen-Bottrichen. In den bevorstehenden Wahlen zum französischen Senat entspricht die „Humanität“ der sozialistischen Partei überhaupt keine Kandidaten zur Wahl aufzustellen. Da die Nationalisten die hauptsächlichsten Wähler für die Sozialisten sind und den hier sozialistischen Kandidaten mit 151 000 Wählern gegen 140 000 Wählern gegenüberstehen, ersöhne bei dieser Einteilung ein Kampf für die Sozialisten gänzlich aussichtslos.

Freien Volkstheater am Neujahrstage in der Philharmonie. Die Philharmonie von Biele, die erst kürzlich Richard Strauß in einem Konzert in der Staatsoper ausgedrückt hatte, wurde mit charakteristischer Zudringlichkeit im 2. Satz von Sigismund von Hartogger aus dem Philharmoniker hervorgemittelt, ohne in der Auffassung des Musikstoffs den Geist zu durchbrechen, ironischer Weise offen zu können. Der Berliner Sängerverein Cäcilien-Melodie sang mit zurückhaltender Kultur den verkündenden Schlußchor; Rudolf Bauhoff entstellte den Vokalteil seines Tenors durch häßliche Zwickelfangen.

Am 10. Konzert sang der Verband unter Leitung von Hugo Kahl-Ebert von Volcitra, Bach und Brahms und die Orchester (aus op. 60) von Meyer. Als Solisten traten Walter Fieber (Orgel) und Alfred Wittberg (Violine) über Mitwirkung. Preis Fried. Wundlich.

Im Waldfesttheater ist mit der neuen Direktion die „Gardafaria“ eingezogen, die sich damit erfolgreich über die dritte Berliner Bühne eroberte. Diese blühende Operette des ungarischen Komponisten Selman hat dauerhafte musikalische Qualitäten, die sie mit pulsvollem Leben über die leidenschaftliche Tagesproduktion hinaus in die Reihe der „Nedermans“ rücken. Die Aufführung bewies mit allerhand typischen Anmerkungen in dem Wiederholungsstücke ungenügende Fähigkeiten, wenn auch generalisch manches nicht annehmbar war. Marcel Fischbach blieb in der Titelrolle zu sehr im Charakterhaften stehen und verwarf die Forderungen, die sie mit anderen Wählern erschre. Jene 8. Szene hat als Operettentexte noch viel zu lernen, mit bräutlicher „Friede“ ist nicht alles zu machen. Für Ausgesessenheit und launige Komik war am besten bei dem sehr bewanderten Theo Pucco gefragt. Von den übrigen Mitwirkenden sei noch Hel. Rankhaus und Herr Norman genannt. Spielleitung und Orchesterführung waren im allgemeinen zu loben.

Im Volkstheater bleibt das mit großem Erfolg aufgenommene Schauspiel „Die Brandstifterin“ von Friedrich Schiller auf dem Spielplan. Am Sonntag nachmittags gelangt das Drama: „Die im Schatten leben“ zur Aufführung.

Die Aufführung des „Arbeitsmarsch“ für Runk, Petersburger etc. Kochanoff in den Räumen der „Arbeiter Jugend“ ist nachmittags von 4 Uhr ab, Sonntag den ganzen Tag nachmittags 1. März, jugendliche 50 Pf., Arbeitlose Mittwoch frei.

Gegen die Kommunalisierung der Theater hat sich der Verband der Bühnenschriftsteller in seiner Mitgliederversammlung ausgesprochen. Der unabhängige Geist der in den sozialistischen Bühnen interessierten Autoren offenbar sich auch in den Richtung, wonach die Stellungnahme zu Kassierungen ausländischer Autoren dem Reichstheater überwiegen wurde.

Die Wahl der Elternbeiräte.

K. K. L. Dem Tragen der Elternschaft nach Mitwirkung in den Schulen, in denen ihre Kinder gebildet und herangezogen werden sollen, hat das preussische Kultusministerium jetzt ein klein wenig nachgegeben. Es sollen endlich an Gemeinde- und höheren Schulen Elternbeiräte gewählt werden. Natürlich sind die Funktionen dieser Elternbeiräte, wie es sich für den Kultusminister von selbst versteht, so beschränkt, daß selbst die reaktionärsten Kreise gegen diese Elternbeiräte nicht allzu viel einzuwenden haben werden. Für unsere Eltern aber gilt es, auch diese geringfügige Position auszunutzen, sich einen Platz in dem reaktionären Bau unseres Schulwesens zu erobern, um auch hier zu revolutionieren und die Neugestaltung vorzubereiten.

Für uns revolutionäre Sozialisten kommt es naturgemäß auch in diesem Falle nicht darauf an, möglichst viele Mandate zu erringen. Unsere Elternbeiräte sollen wie Gewebe im Korporatensystem wirken; Qualität, nicht Quantität ist für uns entscheidend. Wie auch sonst bei allen Wahlen, müssen wir auch hier jeden Kompromiß und jede gemeinschaftliche Wille mit den Rechtssozialisten vermeiden, damit durch unsere Stimmen nur bewirkt revolutionäre Sozialisten in den Elternbeirat kommen. Natürlich wollen wir nicht Politik in den inneren Schulbetrieb tragen. Das liegt jedem sozialistischen Erzieher fern. Aber wir wollen die Schule in die Hand nehmen, die bislang allein von den reaktionären Mächten gesteuert worden sind, im Sinne unserer sozialistischen Forderungen umgestalten. Drum haben wir Sozialisten auch die Pflicht, uns an der Wahl zu beteiligen, um auch aus dieser unzulänglichen Form ein Instrument der kulturellen Revolution zu machen. Die Reaktion ist längst auf dem Plan. Die frühe Ansetzung des Wahltermins auf den 25. Januar — der jetzt rückgängig gemacht wurde — zeigt die Absicht, die Wahlen möglichst überreilt vorzunehmen. In einigen Orten hat man sogar zu noch früheren Terminen gegriffen. Wir werden die Bestimmungen über die Befugnisse der Elternbeiräte und ihre Wahl folgen lassen, damit unsere Parteigenossen gegebenenfalls Gelegenheit haben, auf Grund dieser Bestimmungen Protest gegen Unregelmäßigkeiten bei der nächsten vorgelegten Schulbehörde einzulegen.

Schon jetzt sei darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Schulleiter wenigstens 4 Wochen vor den Wahlen eine Elternversammlung einzuberufen hat, und daß diese Versammlung 14 Tage vor der Wahl zu wiederholen ist. In der letzten Versammlung ist durch die Eltern der dreiköpfige Wahlvorstand zu wählen.

Es ist in einigen Orten versucht worden, in diesen Elternversammlungen jede Diskussion zu unterbinden. Die Bestimmungen rechtlichens durchaus ein solches Verbot nicht. Unsere Parteigenossen sollten daher gegen solche eine Behinderung der freien Meinungsäußerung energig Stellung nehmen. Von großer Wichtigkeit ist, daß spätestens 10 Tage vor der Wahl die Kandidatenlisten einzureichen sind. Die sozial Namen enthalten müssen, wie Mitglieder des Elternbeirates zu wählen sind. Die Kandidatenlisten müssen 10 Unterschriften — in ländlichen Verhältnissen genügen 10 — tragen. Wir empfehlen unseren Parteigenossen nochmals, möglichst überall eigne Listen aufzustellen.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat folgende

Satzungen für Elternbeiräte

an den Schulen erlassen:

1. **Allgemeines:** In jeder Schule wird ein Elternbeirat gebildet. Er soll der Förderung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Schule und Haus dienen und den Eltern wie den Schülern die Arbeit miteinander und den Einfluß aufeinander gewährleisten.

2. **Zusammensetzung und Wahl.** Der Elternbeirat setzt sich aus Vertretern der Elternschaft zusammen. Der Vater der Schule und die Mitglieder des Lehrkörpers nehmen in der Regel an den Sitzungen des Elternbeirates mit beratender Stimme teil, doch kann der Elternbeirat auch ohne ihre Anwesenheit tagen. Der Elternbeirat wird in gleicher Verhältniswahl nach folgender Wahlordnung gewählt:

a) Auf je 20 Kinder einer Schule entfällt ein Vereinsmitglied; Mindestzahl der Mitglieder 5. Die Wahl erfolgt auf 2 Jahre. Ein Elternbeiratsmitglied wählt aus, wenn sein Kind die Schule verläßt. Es wird durch den nächsten Kandidaten seiner Liste ersetzt.

3. **Erste Einberufung.** Der Schulleiter beruft 8 Tage nach erfolgter Wahl die Gewählten, die aus sich heraus den Vorsitzenden und andere Geschäftsführer bestimmen.

4. **Satzungen.** Der Vorsitzende beruft den Elternbeirat nach Bedarf, mindestens aber einmal im Halbjahr. Außerordentliche Sitzungen müssen auf Antrag der Lehrkonferenz der Schule oder eines Drittel der Vereinsmitglieder stattfinden. Bei Behandlung von Einzelfällen können andere Persönlichkeiten, deren Teilnahme dienlich erscheint, zugelassen werden. Stimmrecht steht ihnen nicht zu. Wichtige Beschlüsse der Elternbeiräte sind als vertraulich zu bezeichnen und zu behandeln. In die Niederschriften der Beratungen des Elternbeirates, soweit die Beratungen nicht vertraulicher Natur waren, können alle Eltern und Lehrer Einsicht nehmen.

5. **Zuständigkeiten.** Die Tätigkeit des Elternbeirates ist beratender Natur. Sie erstreckt sich auf Wünsche und Anregungen des Elternkreises, die sich auf den Schulbetrieb, die Schulzeit und die Körperliche, geistige und kulturelle Ausbildung der Kinder beziehen und die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind.

Soll bei schwerwiegenden Verfehlungen gegen einen Schüler (Schülerin) die Verweisung von der Schule ausgesprochen werden, oder ihm im Abbruchgang eine Exkommunikation ausgesprochen werden, die ihm das Fortkommen erheblich erschweren oder ihn in den Augen der Allgemeinheit herabsetzen würde, so ist mit Zustimmung der Eltern des Schülers per Elternbeirat vorher zu handeln. Die Beschlüsse des Elternbeirates sind dem Schulleiter der Schule mitzuteilen. Der Elternbeirat beruft in Verbindung mit dem Lehrkörper Gesamtsitzungen ein, um wichtige Fragen durch Vorträge und Aussprüche klären zu lassen.

Als Wahlordnung der Elternbeiräte

ist folgendes festgesetzt:

1. **Art und passive Wahlrecht** steht den Eltern (Mutter) der Schule besuchenden Kinder zu, auch der Großeltern, und ferneren Schulkinder, sowohl den Vätern als auch den Müttern, ferner den Adoptivleuten. Mitglieder des Lehrkörpers, wenn ihre Kinder die Schule besuchen, haben das gleiche Wahlrecht wie alle anderen Eltern. Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme, gleichviel wie viele seiner Kinder die Schule besuchen.

2. **Der Wahltermin** wird von der Schulaufsichtsbehörde festgelegt und bekannt gemacht.

3. **Der Schulleiter** stellt die Liste der Wahlberechtigten auf und legt sie spätestens 4 Wochen vor der Wahl 2 Wochen lang öffentlich zur Einsicht aus. Den Wählern (Eltern) ist gestattet, von der Wahlberechtigung Abschrift zu nehmen. Einsprüche gegen die Liste sind spätestens eine Woche vor der Wahl bei dem Schulleiter anzubringen. Dieser ist berechtigt, wenn es sich um einen Einbruch gegen das Fehlen eines Wahlberechtigten in der Liste handelt, dem Einspruch stattzugeben. Tut er dies nicht, oder handelt es sich um einen Einspruch gegen die Aufnahme bestimmter Personen als Wahlberechtigte in der Liste, so entscheidet der Wahlvorstand. Dessen Entscheidung kann nur nach vorheriger Wahl im Wege des Einspruchs gegen diese angefochten werden.

4. **Der Schulleiter** beruft spätestens 4 Wochen vor der Wahl eine Elternversammlung ein. Die Einberufung kann durch Vermittlung der Schulkinder oder durch öffentliche Aufforderung erfolgen. In der Elternversammlung hat der Schulleiter die Satzungen des Elternbeirates und die Anzahl der zu wählenden Mitglieder bekanntzugeben, auch die Wichtigkeit der Wahl hervorzuheben, auf das Auslegen der Wahlliste und die Zulässigkeit der Einsprüche hinzuweisen, zur Einberufung von Kandidaten ausfordern und den Termin für eine zweite Elternversammlung festzusetzen. Letztere erfolgt spätestens 2 Wochen vor der Wahl. In ihr sind die gleichen Bestimmungen zu wiederholen und durch Jurore oder Abstimmung ein aus mindestens 8 Personen bestehender Wahlvorstand zu wählen.

5. **Die Kandidatenlisten** sind spätestens 10 Tage vor der Wahl dem Wahlvorstand einzureichen. Sie müssen mindestens 10 viel Namen von Kandidaten enthalten, als Mitglieder des Elternbeirates zu wählen sind, und müssen mindestens 20 Unterschriften von Wahlberechtigten tragen. In ländlichen Verhältnissen genügen 10 Unterschriften. Kandidatenlisten, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, hat der Wahlvorstand zurückzuweisen. Alle anderen sind spätestens 8 Tage vor der Wahl in geeigneter Weise zu veröffentlichen. (Ausnahme an den öffentlichen zugänglichen Orten genügt.) Die Zurückweisung von Kandidatenlisten kann nur im Wege des Einspruchs gegen die Wahl angefochten werden.

6. **Die Wahlen** erfolgen durch persönliche Abgabe von verdeckten Stimmzetteln in öffentlicher Wahlhandlung. Die Stimmzettel müssen eine der Kandidatenlisten genau befolgen, etwa durch Angabe des ersten auf der Liste stehenden Namens. Die Veränderung von Listen ist unzulässig. Stimmzettel, die nicht auf eine der öffentlich bekannt gemachten Kandidatenlisten lauten, sind ungültig, ebenso abgeänderte Stimmzettel.

7. **Das Wahlergebnis** ist sofort nach beendeter Wahl vom Wahlvorstand in öffentlicher Sitzung festzustellen und in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Bei Ermittlung der auf jede Kandidatenliste nach dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen entfallenden Mandate findet § 51 der Wahlordnung für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (R. G. Bl. 1881) sinngemäß Anwendung. Der Namen der Gewählten sind dem Schulleiter mitzuteilen, der binnen 8 Tagen die erste Sitzung des Elternbeirates einberuft.

8. **Ueber die Wahlhandlung** und die Feststellung des Wahlergebnisses ist ein Protokoll anzufertigen, das von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterschreiben und mit den eingegangenen Stimmzetteln und der Wahlliste der Schulaufsichtsbehörde zu überreichen ist.

9. **Einsprüche** gegen die Wahl sind nur binnen 2 Wochen nach Feststellung des Wahlergebnisses zulässig. Sie können jede vor der Wahl oder bei der Wahl vorgekommene Unregelmäßigkeit betreffen, haben aber keine aufschiebende Wirkung. Jeder die Einsprüche einbringt die Schulaufsichtsbehörde. Gibt sie dem Einspruch statt, so legt sie sofort einen neuen Wahltermin fest.

Scheidemanns Klageklage.

Herr Philipp Scheidemann, von dem erst gesagt wurde, daß er ein Straßvergehen gegen sich beantragt habe, um über die Behauptung, mit seiner Billigung sei eine Prämie auf die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgeschüttet worden, hat dem „Vorwärts“ mitgeteilt, daß der Klageantrag sich nicht gegen ihn, sondern gegen Sonnenfeld sen. richte. Auf demselben Wege erfahren wir neuerdings von Herrn Scheidemann, daß fünf Prozesse in diesen Angelegenheiten schweben: 1. Gegen Rabe und er gegen seinen hiesigen Redakteur Klage angebracht. 2. Hat er Straßvergehen gegen Sonnenfeld sen. gestellt. 3. Scheidemann Straßvergehen gegen die beiden Sonnenfelder. 4. Eine Klage von Schwarz gegen die V.S. Korrespondenz. 5. Ein Ermittlungsverfahren gegen Schwarz.

Herr Scheidemann meint, es unterliege keinem Zweifel, daß in diesen fünf Prozessen hinreichend Gelegenheit gegeben werde, alle Verhältnisse gründlich zu prüfen. Wir befürchten, daß diese Gelegenheit sich nicht bieten wird. Vielmehr ist anzunehmen, daß diese fünf Prozesse nur dazu dienen werden, Nebenworte zu bekämpfen und die Hauptfragen zu verdrängen. Gegen die beiden Sonnenfelder ist ein Straßverfahren doch nur deshalb eingeleitet worden, um zu ermitteln, ob sie etwas Straßbares begangen haben. Von einem Verfahren gegen die V.S. Korrespondenz ist bisher überhaupt nichts bekannt geworden. Bei Schwarz soll wiederum nur ermittelt werden, ob er etwas Straßbares begangen hat. Den Namen des Redakteurs nennt Herr Scheidemann nicht, und die fünf Klagen gegen Sonnenfeld sen. richtet sich gegen einen, der von Scheidemann und vom „Vorwärts“ als unzurechnungsfähig erachtet worden ist.

Inzwischen hat die „Deutsche Tageszeitung“ eine Mitteilung des Reichsgerichtes über die Verhandlung veröffentlicht, nach der der rechtssozialistische Abgeordnete Dautsich behauptet, in den letzten vier Wochen seien die Verleugungen für den Fall Schwarz in den in Betracht kommenden Ministerien beileide geschah worden. Diese Mitteilung ist freitag früh erfolgt. Weder die dafür zuständigen Ministerien noch Herr Dautsich haben sich bisher zu dieser schweren Anschuldigung geäußert, sowie auch noch wie vor hartnäckig an ihrem eigenen parteioffiziellen Untersuchungsanspruch festhalten. Und gerät das.

Eine Verflechtung überreichlicher Geheimdokumente befragt der „Daily Telegraph“. Diese Dokumente, aus der Zeit von Ende 1918 bis zum Mai 1917, hängen mit den überreichlichen Verleugungen, einem Spionierverbrechen zusammen und enthalten mehrere Briefe des Prinzen Ertus von Parma, zwei Briefe von Kaiser Karl, eine Note des Grafen Czernin und die Berichte des Prinzen Ertus von Parma über seine Unterredungen mit Poincaré, Cambon, Ribot und Lloyd George.

Das Reichsgericht hat am 12. und 13. Juli, letztgenannt vom überreichlichen Ausmaßigen Amt, ist gemeinsam mit dem bereits existierenden ersten Teil die Verhandlung in den Aktenvertrieb der Verleugungsbehandlung D. R. Ewaldmann, Berlin W. 15, übergegangen und wird in den nächsten Tagen abgeschlossen.

Aus der Partei.

Nach anhaltendem Parteistreit, das bisher unter dem Namen „Die Arbeiter“, in Berlin, W. 15, seit dem 1. Januar 1920 „Kommunistische Arbeiterzeitung“ die Zeitung lautet in seiner Aufmachung als bisher bekannt. Das Redaktionsbureau befindet sich in Bernburg, Kallender Str. 1.

Groß-Berlin.

Die wildgewordenen Hausbesitzer.

Die zum Schutze der Mieter vom Volkswohlfahrtsminister erlassene Verordnung, die die Gemeinden anweist, Höchstzuschläge von 15—20 Prozent zur Friedensmiete festzusetzen, hat den Hausbesitzerstand auf die Beine gebracht. Am Freitag fanden sie sich im großen Börjensaal zusammen, um in erregten Kundgebungen gegen diese Verordnung zu protestieren.

Der demokratische Stadtverordnete Ladenborff, der von selber schon als rücksichtsloser Vertreter der Hausbesitzerinteressen galt, hatte das Referat übernommen. Die Töne, die er anschlug, erinnern lebhaft an die Kräfteäußerungen der Agrarier in früheren Jahren, die mit der Revolution drohten, wenn ihnen nicht ihre Wünsche erfüllt würden. Auch Herr Ladenborff sparte nicht mit solchen Drohungen. Die mildeste war noch, daß die Hausbesitzer ihre sämtlichen Ehrenämter niederlegen würden. Aber dann wurde er fürchterlich. „Lieber mit der Waffe in der Hand untergehen, als uns willenlos einer Regierung ausliefern, die durch Verordnungen ruiniert, was Streik und Aufruhr noch nicht ruiniert haben“, so rief er unter donnerndem Beifall der Versammlung aus. Die Herren schienen sich sehr stark zu fühlen, und sie hoben auch Grund dazu. Zum größten Teil sind sie Mitglieder der Einwohnerwehren, die mit Waffen reichlich ausgerüstet sind. Der Hitz des sonstigen reaktionären Klappels können sie auch sicher sein. Die Regierung hat ja ihren Segen zur Gründung dieser gegenrevolutionären Einrichtungen gegeben und wird sich nun nicht zu wundern brauchen, wenn sich die Wirkungen nun gegen sie selbst richten. Vorerst ist man gegen sie mit harmlosen Waffen vorgegangen, indem ihr in der Versammlung nur Schimpfworte wie „Idioten“ und „Dämeln“ an den Kopf geworfen wurden.

Der Volkswohlfahrtsminister wurde schon von den Einberufern als „Totengräber des Hausbesitzes“ bezeichnet, seine Verordnung sei der Anfang der Sozialisierung des Hausbesitzes. Herr Lodenborff rechnete dann der Versammlung vor, daß nicht um 10 bis 20, sondern mindestens um 45, ja sogar um 74 Proz. die Mieten gesteigert werden müßten, um die Steigerung der öffentlichen Ausgaben und die Erhöhung der Ausgaben für die laufenden Hausunterhaltungsarbeiten wieder auszugleichen. Eine Regierung, die das verhindern wolle, müßte zum Teufel gejagt werden.

Da hat nun die Regierung den Solat. So lange sie den Arbeitern bei deren Bestrebungen, die Löhne mit den Lebensmittelpreisen in Einklang zu bringen, Knüttel zwischen die Fingerringe warf, war sie dem Bürgerinn angenehmer. Nun sie aber sich einmal ihrer Pflicht erinnert, den Wucher zu bekämpfen, kommt diese Tippstaffel daher und droht mit der Gegenrevolution. Die Arbeitererschaft wird diesem Spiel nicht ruhig zusehen können. Am morgigen Sonntag, vor mittags 11 Uhr, findet im Lustgarten zu Berlin eine große Kundgebung aller Mieter statt, um gegen die gegenrevolutionären Pläne der Hausbesitzer zu demonstrieren. Kein Mieter darf dabei fehlen! Wird der Regierung nicht durch eine massenhafte Kundgebung der Mieter das Rückgrat geknickt, dann werden wir damit zu rechnen haben, daß die Mieten in Zukunft bis zu 75 Prozent in die Höhe geschraubt werden.

Der Wirtwart an den Fahrkartenschaltern.

In letzter Zeit mehren sich wieder die Klagen über Schlägen und Verstoßungen an den Groß-Berliner Fahrkartenschaltern. Ueber die Verletzung solcher Klagen erfahren wir von zuständiger Seite folgende:

Um den sich ständig steigenden Andrang auf der Eisenbahn einermachen in getragenen Bahnen zu lenken, hat die Eisenbahnverwaltung zur Nationalisierung der Fahrkarten geistigen, ein System, das bei zweifellos vorhandenen Mängeln heute die einzige Maßnahme bietet, dem wirklich reichbedürftigen Publikum zu einem Platz zu verhelfen. — Es gelangen ausgedehnt, je nach der Länge des Tages 300 bis 600 Fahrkarten zum Verkauf. Von diesen werden ca. 75 dem Mitteleuropäischen Reisebüro zum zweitägigen Vorverkauf überwiesen. Der Rest wird am Reisetage selbst am Fahrkartenschalter verkauft, und zwar bei den Berliner Hauptbahnhöfen nur dort, bei den Stadtbahnhöfen dagegen müssen die verfügbaren Fahrkarten auf die einzelnen Fernbahnhöfe verteilt werden. Hierbei läßt sich die Eisenbahnverwaltung von den Erfahrungen leiten, die betriebs der Frequenz dieser Bahnhöfe bis jetzt gemacht worden sind. Wenn das vorgesehene Quantum auf einer Station ausverkauft ist, so besteht nur in wirklich dringenden Fällen die Möglichkeit, vom Bahnhofsbotendienst einen Erlaubnischein für weitere Billets zu erhalten. Eine Verständigung zwischen den einzelnen Stationen über verfügbare Fahrkarten findet nicht statt, läßt sich auch nicht einrichten. Es ist also wohl technisch möglich, daß ein Bahnhof „ausverkauft“ ist, während der andere noch genügend Fahrkarten zum Verkauf hat. Dieser Fall ist aber in der Praxis bei dem fast gleichmäßigen Andrang auf allen Berliner Bahnhöfen so selten, daß darin kein Grund liegt, das letzte System der Fahrkarten-Nationalisierung abzuändern. Auch die Klagen über den Wucher mit Fahrkarten sind wohl berechtigt. Diefem Wucher ist aber nur schwer beizukommen, da die Eisenbahnverwaltung nicht in der Lage ist, in jedem einzelnen Fall die Notwendigkeit einer Reise nachzuprüfen. Die „nach abschafften Reise-Erlaubnischeine waren beim reisenden Publikum noch unentbehrlich als die Fahrkartennationalisierung. Die Eisenbahn hat einen kurzen Ueberwachungsdiens einrichtet, dem es bereits gelungen ist, eine ganze Anzahl von Fahrkartennachwuchern dem Erwerb zu verhindern. Erlaubnis und die unentbehrlichen Beweise, die gefordert werden und zu oft begehrt werden. So wurde kürzlich für ein im Schleichhandel erworbenes Billet nach Hamburg 250 Mark gefordert.

Warum wird die Weilliger Heilstätte nicht wofter befragt?

Die Landesversicherung Berlin hat mit großen Mitteln in Weilliger eine eigene Heilstätte eingerichtet, die den Patienten sehr gute Dienste geleistet hat. Die schlechte Kostendeckung sollte angeblich Schuld daran sein, daß die Verwaltung zur Schließung der Heilstätte sich entschließen wollte. Vertreter der Patienten demühten sich aber bei den zuständigen Stellen, bei denen sie volles Verständnis für die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung der Weilliger Heilstätte fanden. Die Weilliger Anstalt blieb weiter im Betrieb. Es fällt nun allgemein auf, daß neue Patienten in die Anstalt nicht aufgenommen werden. Was ist der Grund? Weiden sich etwa nicht genügend Patienten zur Aufnahme? Diese Frage muß verneint werden, denn es haben uns vor kurzem abweisende Bescheide vorgelegen. Liegt es an der ungenügenden Versorgung? Auch das kann nicht der Fall sein, denn uns wird berichtet, daß in der Lungenabteilung B ganze Pavillons befüllt sind überfüllt sind, ohne daß sie Besetzung haben.

Ist aber beides nicht der Fall, so muß man auf den Gedanken kommen, daß hier eine Wirtschaft getrieben wird, die mit den Aufwänden der Landesversicherung nicht in Einklang zu

bringen. Aufgabe der Versicherung ist es, für die Herstellung der Arbeitsfähigkeit der Versicherten zu sorgen und sie vor zeitweiliger Invalidität zu bewahren.

Diesem Zwecke dienen die Heilstätten. Aber die Heilstätten müssen mit Patienten belegt werden. In Berlin sind bisher fünfzehn von Arbeitern, die in eine Heilstätte gehen. Früher mußten sie oft Wochen und Monate warten, daß sie Aufnahme fanden. Wenn heute Betten frei sind, müßte doch die Aufnahme umgehend erfolgen können. Wir fordern alle Heilbedürftigen auf, Anträge auf Aufnahme in die Heilstätte zu stellen. Es muß die Probe aufs Exempel gemacht werden, ob der Vorstand der Landesversicherung so pflichtgemäß handelt, wie Patienten zurückzuweisen, obwohl freie Betten vorhanden sind. Wir bitten alle etwa Abgewiesenen, uns davon Mitteilung zu machen.

Die Freiheit der Baltikamer.

Die zwangsweise aus dem Baltikum zurückgezogenen Truppen, die als Meuterer bestraft werden sollten, nun aber eingeschoren in den deutschen Landen sich wieder manig machen dürfen, bewegen sich mit einer Freiheit, die nicht zu überbieten ist. Ein Leier teilt und darüber ein Erlebnis mit. Er fand am Neujahrstage am Bahnhöfchen der Ostbahn, als ein Militärtransport vorüberfuhr. Unausgesprochen schallte aus den Wagen der Luft: „Nieder mit Kossel!“ und plötzlich flog ein Karton mit 100 Zigaretten dem Fenster vor die Füße. Auf der Bodenplatte des Kartons stand geschrieben: „Gruß von der Eisernen Division.“ An den Querseiten fern: „Hoch Bischoff!“ und: „Weg mit Kossel!“

Der Kossel kann also sehen, wie ihm die Truppen, deren Aufstellung und Töten im Baltikum er lange genug mit angesehen hat, auf der Reise herumtanzen. Seinerwegen würden wir auch sein Wort verlieren, aber es ist notwendig, auf das Treiben der reaktionären Truppen fortwährend hinzuweisen.

Nicht uninteressant ist auch die Tatsache, daß diese Truppen mit Rauchwaren so reich versehen sind, daß sie damit in freigelegter Weise umgehen können. Woher mögen die Zigaretten wohl stammen?

Ein ungeschickliches Versteckspiel, das erst jetzt bekannt wird, ist in einer der letzten Nächte auf der Uferpromenade innerhalb Berlins verübt worden. Vor dem Grundstück Reichstagufer 2-3 lag seit einiger Zeit mit seinem Kahn der Schiffseigner Reich Brahm aus Landsberg a. d. Havel. Als der Mann verlassen wurde, blieb sein Sohn allein auf dem Fahrgang zurück. Er verschloß die Hintertür und schloß in der Vordertür, deren Tür er unverzüglich nach Öffnen in der Nacht gegen 2 Uhr, hörte er Schritte auf dem Deck, sprang auf, ging widerwillig am Bug über den Kahn und trat an der Hintertür vier Männer in selbstgegründer Uniform, die gerade dabei waren, die Tür zu zerbrechen. Beherzt trat ihnen der junge Mann entgegen und fragte sie, was sie da zu suchen hätten. Sein Mut hätte ihm beinahe das Leben gekostet. Zwei der Eindringler packten ihn sofort und warfen ihn über Bord, um ihn beiseite zu schaffen. Der junge Mann ist jedoch ein guter Schwimmer und verlor auch die Gesichtsgewand nicht. Er kramte, schwamm unter den Kahn, fand am Steuer einen Holz und hielt sich in seinen neuen Versteck so still und ruhig, daß die Eindringler annehmen mußten, er sei untergegangen und ertrunken. Als sie nicht mehr von ihm hörten und sahen, plündernten sie unvorsichtiger die Kajüte aus und gingen mit der Beute davon. Als sich der junge Brahm nicht mehr helfen konnte, schwamm er unter Aufbietung seiner letzten Kräfte ans Ufer und dieses entlang, bis er die nächste Badestelle fand. Kaum hatte er hier festen und trockenen Boden gefaßt, als

er völlig erschöpft zusammensank und Regen blieb. Erst in dem Regenstunden, als es bereits dämmerte, kam er wieder zu sich, bog sich auf den Kahn zurück und sah, was die Männer dort angerichtet hatten. Betteln, Kleidungsstücke, alles war verschunden, wahllos mit einer Droschke, die er in der Nähe gesehen hatte, weggeschafft worden. Die Männer sind noch nicht ermittelt. Der junge Mann kann sie, weil er sie nur in der Dunkelheit und auch nur auf einem Augenblick sah, nicht näher beschreiben. Er weiß nur, daß alle vier feige und gemein waren.

Drei Wochen tet in der Wohnung gelegen hat die 61 Jahre alte Arbeiterin Anna Krause aus der Eberstadtstraße 28. Die alle Frau, die Armenunterstützung bezog, kaufte für sich allein im ersten Stock des Hauses und lebte ganz zurückgezogen. So kam es, daß niemand davon dachte, sich nach ihr umzusehen, obwohl sie seit drei Wochen nicht mehr zum Vorschein kam. Erst gestern geschah es. Nevi fand der Hauswirt sie tot daliegender. Die Einkasse war seit längerer Zeit kassiert und ist jedenfalls diesem Leiden hilflos erlegen.

Zur Weihnachtsfeier der Ehren Damen am Schiffschen Bahnhof erfuhr und die Gruppenleiterin, mitzuteilen, daß es sich am 27. Dezember um ein harmloses Kaffeetrinken und nicht um eine Feier gehandelt habe. Dabei sei der Weihnachtsbaum angezündet worden mit Lichtern, die aus eigenen Mitteln gegeben worden seien. Es sei ein Verstum zu behaupten, daß arme Flüchtlinge oder Kriegesgefangene hätten zusehen müssen. Wenn brauchen einige Damen nach einer Mundharmonika sich herumgedreht hätten, so war das ein harmloses Vergnügen, von einem Tanzvergnügen kann keine Rede sein. Wir nehmen von dieser Erklärung Notiz, um auch den anderen Teil zu Worte kommen zu lassen, welcher dem Vorgang eine wenig anstößige Deutung gibt.

Aus dem Gemeindeleben.

Tankens. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in der letzten Sitzung ausschließlich mit dem Besoldungsplan der Beamten. Während bei der Gruppierung der Sekretäre und Diener eine Einigung erzielt und dem Kommissionsplan zugestimmt wurde, kam es bei Festsetzung der Sonderklassen zu Differenzen und brachte auch die Abstimmung einzelner Resultate hervor. Während die Rechtssozialisten mit den Demokraten für den Bürgermeister 24. bis 30 000 M., für den Rammeter 18. bis 24 000 M., für den Baumeister 15. bis 18 000 M. verlangten, hielten die Rechtsparteien diese Sätze für zu hoch und beantragten, daß die Höchstätze unter 24 000 M. bleiben sollten. Unsere Genossen stellten sich auf den Standpunkt, daß es unverantwortlich wäre, wenn man jetzt vor der Eingemeindung pensionsfähige Gehälter bis 30 000 M. bewilligen würde, wodurch — wenn alle Gemeinden das gleiche täten — Groß-Berlin außerordentlich belastet würde, zumal es doch fraglich ist, ob alle die Dutzend Bürgermeister in dem neu zu schaffenden Berlin die ihnen genehme Besoldung erhalten werden. Zu den jetzt gehaltenen Verhandlungen einen entsprechenden Teuerungszuschlag zu bewilligen, dazu erklärten sie sich bereit. Die Festsetzung der Gehälter oder soll Groß-Berlin überlassen bleiben, das ja auch die Vertretung der Meuterer übernimmt. Bei der namentlich vorgenommenen Abstimmung wurden sämtliche Anträge abgelehnt. Für den Antrag unserer Genossen stimmte nur die eigene Fraktion. Daß die hohen Herren von dem Meuterkat nicht sehr erbaud waren, konnte man aus den Ausführungen des Vorsitzenden Dr. Elger entnehmen, der sich dahin resümierte, daß er die Abstimmung als ein Mißtrauensvotum auffasse und niemand sagen könne, was für Konsequenzen das noch sich ziehen wird.

Beschränkung des Fremdenverkehrs in Baden. Die Badische Regierung hat verfügt, daß in Baden die Beschränkung des Fremdenverkehrs wegen der ungünstigen Ernährungslage am Jahresende nicht aufgehoben werden dürfe.

Spandan. Die zweite Vortragsreihe der Volkshochschule beginnt voraussichtlich am 12. Januar. Sie wird eingeleitet durch eine Fontane-Gedächtnisfeier, der sich in dunter Plannigfaltigkeit Vorträge auf dem Gebiete der Kunst und Literatur, Physik, Chemie, Mathematik und der Sozialwissenschaften anschließen werden. Einzelheiten können erst in nächster Zeit bekanntgegeben werden.

Bereinstellend.

Zentralverband der Schuhmacher. Bezirksversammlungen finden am Dienstag, 3. Januar, abends 7 Uhr, statt: Westen: Bismarckstr. 58 bei Wiemers, Südosten: Schaller Straße 69 c bei Epig, Osten und Völkberg: Gubener Straße 5 bei Holzmann, Neuhof: Kleinfeldstr. 60 bei Kramer, Nordwesten: Oberburger Straße 10 bei Berg, Südwesten: Uferstraße 18 bei Böhler.

Schwarz-Kriegsgefangene der früheren „Flugzeugmeisterei“ Wlora. Die Vernehmung findet am Dienstag, den 6. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokal „Helmholtz-Anstalt“, Helmholtzstraße, an der Gohnowstraße, statt. Einzelheiten ist nachzusehen.

Soz. Arbeiterjugend. Gruppe Prenzlauer Vorstadt. Montag den 5. Januar, abends 7 Uhr, bei Goulers, Eichenberg Straße 19: Außerordentliche Mitgliederversammlung und Neuwahlen.

Eingegangene Schriften.

B. Werner: Die Bayerische Arbeiterrepublik. Tatzfassen und Kritik. Franke Verlag, Leipzig. 65 Seiten.

Edward Zillinger: Die brennende Stadt. Roman aus dem Weltkrieg. Verlag W. Trösch, Ulm. 228 Seiten.

Dr. Georg Flatau: Grundzüge der preussischen Verwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz.

Dr. Hans Wehberg: Die Pariser Völkerverträge. Vereinigung wissenschaftlicher Arbeiter Walter de Gruyter u. Co. 7 Bände.

Reinhold von Gantein: Die Bedeutung der Naturwissenschaften für die nationale Erziehung. Preis 1,50 Mark.

Dr. W. H. Fiebig: Das Bildungswesen der Großstadt. Preis 1 Mark.

Karl Stobbe: Wirtschaftlichkeit des Schulbetriebes. Preis 1 Mark.

Dr. Robert Seidel: Erziehung für's Vaterland oder für die Menschheit? 1 Bänd. Alle im Verlag Gesellschaft und Erziehung.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neuhöll. Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Verlagsdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Kauft alle Bücher

In der
'Buchhandlung der „Freiheit“
Breite Strasse 8-9
Das heißt die Partei unterstützen.

Verkauf der Freiland
Kornbestimmung E. V.
Sitz Berlin Okt. 1908
Anzahl: Berlin SW 6, Oranienstraße 53-54, 1. Et. Gedruckt von 9-5 Uhr, Sonnabends von 9-2 Uhr.

Am 1. I. 1909 verstarb unser Mitglied Frau **Bertha Grunert** geb. Orade Berlin, Norweger Str. 6. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. I. nachm. 1½ Uhr im Krematorium Gerichtstr. statt. Ehre ihrem Andenken! Der Vorstand.

Am 20. Dezember 1919, entschließ nach kurzem schwerem Leiden mein lieber strebsamer Mann und Vater **Gustav Fährmann** im 46. Lebensjahre im höchsten Alter des transitorischen Hinterlebens. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Januar 1920, nachmittags 2 Uhr, auf dem Mahldorfer Friedhof, Lohmstr., statt.

Verkäufe
Gardinenverkauf zu stausend billigen Preisen. Knäuelgardinen, Storus, Bettdecken, Teppiche, Gelegenheitskaufhaus Herzl, Neue Kreuzstraße 91, am Köpenicker Kreuzfische, prima, 200 M. an 2½, Alpakafische 150 M. an 25, Alpakafische, blaue, Silberfische und alle anderen Pelzwaren stausend billig. „Timp“, Turmstraße 38. Sonntag geschlossen.

Vornehme Herrenmützen, Wintermützen, Jackentanzige (Gehrocken, Sammet, Sammet, Frackanzige), auch teilweise, Joppen, sowie Pelzwaren jeder Art in Sport- und Gehrocken, Kreuz-, Koll- und Skunkfische. Allerhand Gold- und Silbersachen kaufen Sie am billigsten im Leihhaus Köpenicker Str. 14, I. Dienstags geschlossen.

Goldfische
Bucara, Oro, Caviare u. Strand Swastica in Bücheln, billigst Selbstvers. Restaur. Bismarckstraße 94, hochparisier.

Höbel
Möbel, Spiegel und Polsterwaren gegen Kasse und Teilzahlung. S. Oranienstraße 2. Nähe Belle-Alliance-Platz.

Möbelhaus Lützenstadt, Köpenicker Str. 77-78, Ecke Hirschstr., liefert billig gegen bar und bei Teilzahlung billiger. Wohnangelegenheiten, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Esszimmer, Herrensitz, Küchen einricht. Möbelsätze große Auswahl.

Möbel, moderne, mit und ohne Anrichte, roh, gestrichen, lackiert, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbel, Fabrik Himmel, Lohninger Straße 27 (Schuhhaus Tor). **Chaiselounge** 90,00, mit Bettbezüge billigst. Metallbetten 75,00, 250,00. Ankleide-schrank, weiß, schwarz, Küchen, Melke, Auguststr. 22a, Quergasse.

Möbelkredit an jedermann, bezugslos. An- und Abzahlung. Kriensbeschädigte erhalten Rabatt. Gustav Gar, 40, Straßer Platz 112, Ecke Fruchtstr. 1, Schloß, Behnhof.

Kaufgesuche
Kupfer!
Messing, Quacksilber, sämtliche Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Zinn, Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, Werkzeuge, auch zu den höchsten Tagespreisen. Köpenicker Damm 11, Marktstraße 125/26.

Messing
Kupfer, Quacksilber, sämtliche Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Zinn, Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, Werkzeuge, auch zu den höchsten Tagespreisen. Köpenicker Damm 11, Marktstraße 125/26.

Metallschmelze „Baldes“
WEIDENWEG 72
am Bahnhofsplatz

Platin Silber Quacksilber Kupfer Messing Stm. Altmetalle Zahngebisse
kauft zu Schmelzpreisen in unseren 4 Einkaufsstellen **„Cohn“**
1) Brunnenstraße 11 (am Rosenhalden Platz)
2) Pennerstr. 48 am Weddingerplatz
3) Bahndammstr. 2 Ecke Schöneberg Str. am Anhalter Bahnhof
4) Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 229 (Nahellmannsplatz).

Dynamodratt kauft Schwarz, Wolfram, Eisenstr. 10

Ein Dokument der Revolution ist Der Prozeß Ledebour
Vollständige Ausgabe nach dem stenographischen Bericht in dauerhaftem Halbleinwandband Mark 25.—
Dieses Buch kann als das wichtigste Dokument der Revolution betrachtet werden. Ledebour führt seinen Kampf nicht für seine eigene Person, sondern für die Arbeiterklasse Deutschlands, in deren Interesse die Lösung der Revolution ist, welche die Revolution überwindet hat. Der Angeklagte, den man ins Zuchthaus bringen wollte, wurde zum Anführer. Er hat in diesem Prozeß den wertvollsten Sinn der Revolution überliefert — er hat die Idee der sozialistischen Revolution, so dargestellt, wie es Ledebour von den Berliner Geschworenen hat. Das Buch enthält eine Fülle von bisher unbekanntem geschichtlichen Einzelheiten, die jeder kennen muß, der ein klares Bild von dem Wesen der deutschen Revolution gewinnen will. Das Buch darf in keiner Bibliothek fehlen.
Zu beziehen durch jede bessere Buchhandlung oder direkt von der **Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“**
Abteilung Buchhandel Berlin C 2, Breitestraße 3-9

Zähne mit echtem Friedenskautschuk von 4 Mark an.
Teilzahl. Zahnelchen m. Einstr. fast vollst. schwarzes. Goldkrone von 30 Mk. an. Zähne ohne Gummiplatz. Umarmung schlechtest. Gebisse, Reparatursort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55
Hochbahn Bismarckstr. Telefon Nr. 10764.

Halt?
Höchstzahlend kauft **Alt-Metalle** und sämtliche **rohen Felle Quade**,
Schmidstraße 36 a, Keller, (Ecke Alexanderstr.)
Telefon: Alexander 1192.
Gold, Silber, Münzen, Uhren, Wertgegenstände höchstzahlend, Schaubert, Beerwaldstraße 51.

Goldmünzen, Silbermünzen, Platin, alte Gebisse, Platin-Zähne nicht 8 Mark
Kaufhaus, Palladenstr. 11, str. 11, v. 11.

Metalle
Kupfer, Messing, Zinn, Quacksilber, sowie alle anderen Sorten kauft Glas & Co., Wollanstraße 39.

Platin, Gold, Silber, Quacksilber, Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, Werkzeuge kauft zu den höchsten Tagespreisen. Köpenicker Damm 11, Marktstraße 125/26.

Metalle bedeutende Preisermäßigung!
Platin!
Zahngebisse, Zahn bis 75.— Mark Gold, Silber, Münzen salpeters. Silber Quacksilber / Glasfotografische / Stanofotografische / Treppen / Klapp / Porzellan / Messing / Zinn / Nickel / Wellmetall / Aluminium / Blei / Zink
höchstzahlend **Edelmetall-Bekau stüro**
Wobersstraße 31 (Alex. 4248)

Platin-Linke
höchsten Preise für alle Gebisse, Gold, Silber, Platin bis 140 M. Frau Emma Linke, Bismarckstr. 48, v. 11. Alte Ankaufstelle.

Kaufe Schellack, Paraffin, Firnis, Lein, Mäntelartikel, auch kleine Pasten, Winkler, Oranienberger Str. 12.

Platina-Zähne nicht unter 8 Mark. A te Gebisse, Goldsachen, Silbersachen, Münzen in Gold u. Silber Platin über 9.—
kauft Frau KNUTH, Zosengartenstraße 24, vom 11 Tr.

Metalle
Quacksilber kauft Wollmann, Lützenstr. 26 an gros. in detail. Telefon Amt Norden 107.

Metallschmelze
Kupfer, Messing, Zinn, Zahngebisse, Platin, Gold, Silber, Quacksilber, sämtliche Metalle kauft zu höchsten Tagespreisen Christian, Reichensberger Str. 22 (Kottbuser Tor).

Metallschmelze
Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Aluminium, Quacksilber, Platin, Gold, Silber, sämtliche Metalle kauft zu höchsten Tagespreisen. Invalidenstr. 142, Norden 9649.

Metallschmelze
Kupfer, Zinn, sowie sämtliche Wertgegenstände kauft zu den höchsten Tagespreisen bis zu 2000 Mark. Paul Schuber, Rammertstr. 24, v. 11.

Zahngebisse! Platin
Goldsachen, Silbersachen, Salpetersaures Silber, Quacksilber, sämtliche Metalle kauft höchstzahlend **Silberschmelze Christian**, Köpenicker Str. 20a (gegen. Manteloffizier)

Kupfer, Zinn, sowie sämtliche Wertgegenstände kauft zu den höchsten Tagespreisen bis zu 2000 Mark. Paul Schuber, Rammertstr. 24, v. 11.

Konzert - Laute
kauft sofort. Zuschreiben mit Preisangabe an Kaufmann, Potsdamer, Herbststr. 23111.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdrath
kauft höchstzahlend **ingeneriebureau Schlichting**, Berlin W 9, Linkstraße 10. Tel.: Litzow 3795 und 3818.

Kauf Phonographen-Walzen
Jeden Posten zu guten Preisen. E. Mollenhagen, G. m. b. H., Charlottenburg, Windscheidstr. 3.

Lampenschmelze
auch Reste, kauft W. Hagedorn, Kochstr. 3031, Zentrum 13655.

Leim, Schellack, Bindfäden, kleinere und größere Mengen kauft Herbst, Große Hamburger Straße 15/19.

Spiralbohrer
Werkzeuge jeden Posten kauft Tarowatz, Veteranenstr. 19, II.

Spiralbohrer, Gewindebohrer, Schneidbohrer kauft Lützenstraße 11/12, parterre.

Schnellaubbohrer kauft laufend jeden Posten, zahle hohe Aufschlage an Verbandsliste Friedrich Morgenstern, Lichtenberg, Weichselstr. 12, Moritzplatz 1494.

Spiralbohrer, see, auch Schnell- und Werkzeugst. I, kauft höchstzahlend jeden Posten Lennig, Alt-Moabit 16.

Maschinen, Valgator, Hupen, Scheinwerfer, Entwickler, Werkzeug, Amboss, Feldschmiede kauft Kleusack, Belle Alliance-Straße 72.

Verschiedenes
Rechtsrat! v. Haasler, Borsigstr. 11 (Ustetiner Bahnhof), Prozessführung durch Justizrat! Beschuldigungs-, Aliments-, Strafen! Letzter Erfolg! Entscheidung in 6 Wochen erledigt. Rechtsberatung kostenlos.

Erfinder, Patentbureau, Pachtvertrag, Oertzenstr. 15, Zentrum 2091.

Malkersells lernt an bei Stoffgabe Frau Margarete Richter, Fehrbelliner Str. 5

Patent-Markenschutz-Anmeldung 35.— Mark. Steuer-Parabuse fertigt an Post-Patentamt Straße 42.

Unterricht
Nichtig deutsch sprechen, schreiben (sollt) erwünscht (auch abends) sehr erfolgreich (süchtiger) Sprachlehrer, Anhang mit „Postfachkarte 182“ Briefpostamt Berlin.

Tiermarkt
Kaufe Hühner, Kanarienvogel und andere Geflügel, zahle höchste Preise. Angebot erbitte John, am Ostbahnhof 5, beim Kaiserplatz.

Funde an- und verkauft Casseilandeszentrale, Bockelstraße 26.

Frettchen, gesehen, zu verkaufen Scherz, Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 64, Querschnitten III.

Genossen beachtet die Inserent!